Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 14. Juli 2020

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 7. bis 9. Juli 2020

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 7. bis 9. Juli 2020 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 7. Juli 2020

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 8. Juli 2020)

Nr. 20/101 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Ergänzung zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2020

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/192 S)

2. Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!

Antrag der Fraktion der FDP vom 6. September 2020 (Drucksache 20/21 S)

3. Zukunft für die Gesundheit Nord – für ein neues Zukunftskonzept, das Perspektive gibt!

Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/190 S)

 Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!

Antrag der Fraktion der CDU vom 24. September 2020 (Drucksache 20/42 S)

 Überfällig für die Patienten und Beschäftigten an den kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord – ein nachhaltiges Sanierungs- und Zukunftskonzept muss her!

Bericht der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 16. Juni 2020

(Drucksache <u>20/191 S</u>)

 Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 7. Juli 2020 (Drucksache 20/281 S)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/102 S

Fragestunde

1. Corona-Pandemie: Eröffnung des Rennbahngeländes für Bewegung an frischer Luft!

Anfrage der Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 3. Juni 2020

- 2. Sauberkeit auf den Osterdeichwiesen und am Weserstrand Zunehmende Verschmutzung öffentlicher Grünflächen mit Müll
 - Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Frak-tion der FDP vom 3. Juni 2020
- 3. Wegweiser in der Waller Feldmark abgebaut?
 - Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 8. Juni 2020
- 4. Wie wird die Zukunft des Projekts "Grüner Bremer Westen" sichergestellt?
 - Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 8. Juni 2020
- 5. Novellierung des Aufnahmeortsgesetzes (BremAOG)
 - Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Frak-tion der CDU vom 9. Juni 2020

6. Online-Angebote der Erziehungsberatungsstellen und Häuser der Familie?

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Mustafa Öztürk, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2020

- Stadtbäume in Bremen Teil der urbanen Klimaanpassung
 Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 11. Juni 2020
- 8. Recyclingstationen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. Juni 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

 Digitale Ausstattung in Fraueneinrichtungen
 Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 26. Juni 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/103 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Planlos durch die Stadt: Wie soll es mit der Bremer Innenstadt trotz Schließungen und vertaner Entwicklungschance für das Sparkassen-Areal weitergehen?"

Beschluss:

Nr. 20/104 S

Dem Freimarkt eine Chance geben – Durchführungsbedingungen frühzeitig und transparent planen!

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. Juni 2020 (Drucksache 20/263 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/105 S

Zustand und Barrierefreiheit der Bremer Gehwege, Fußgängerbrücken und Unterführungen – 2. Versuch

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 11. März 2020 (Drucksache 20/143 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020

(Drucksache 20/269 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/106 S

Ist die Bremer Feuerwehr den steigenden Herausforderungen noch gewachsen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. April 2020 (Drucksache 20/155 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020

(Drucksache 20/216 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Nr. 20/107 S

Der "HanseSani": Ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss!

Antrag der Fraktion der FDP vom 15. Juni 2020 (Drucksache 20/189 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtischen Deputationen für Inneres (federführend) und Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/108 S

Bebauungsplan 1218

1. Änderung für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Vegesacker Hafen, Friedrich-Klippert-Straße, Zum Alten Speicher, Zum Alten Tief, Kantjespad und der Lesum

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/214 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplans 1218.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplans sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 20/109 S

Bebauungsplan 2434

für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen, zwischen Oslebshauser Heerstraße, Pulverberg (beidseitig), Große Riehen und Riedemannstraße (beidseitig)

Mittteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/215 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2434.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 20/110 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 133 (mit Vorhaben und Erschließungsplan) für eine Bebauung westlich der Blumenstraße zwischen Ostertorsteinweg, Bauernstraße und Beim Steinernen Kreuz in Bremen-Mitte

Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020 (Drucksache 20/267 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 133 mit Vorhaben- und Erschließungsplan.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Vorhaben- und Erschließungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 20/111 S

Außengastronomie stärken, städtische Lebensqualität verbessern

Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020 (Drucksache 20/268 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/112 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 9

vom 3. Juli 2020 (Drucksache <u>20/279 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Nr. 20/113 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

 Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Dezember 2020 (Drucksache 20/100 S)

2. Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung vom 18. Juni 2020 (Drucksache 20/195 S)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Stadtbürgerschaft am 8. Juli 2020

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 9. Juli 2020)

Nr. 20/114 S

Ergänzung zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2020

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/192 S)

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen

(Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, Finanzplanung 2019 bis 2023

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020 (Drucksache 20/168 S)

Dazu

Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen 20/196 S und 20/197 S) und der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksachen 20/198 S bis 20/213 S und 20/217 S bis 20/254 S, 20/256 S bis 20/262 S, 20/264 S, 20/265 S und 20/274 S bis 20/277 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen 20/196 S und 20/197 S) ab.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE mit den Drucksachen-Nr. 20/255 S ist vom Antragssteller zurückgezogen.

Die Stadtbürgerschaft stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drs. 20/198 S bis 20/213 S, 20/ 217 S bis 20/229 S, 20/231 S bis 20/254 S, 20/256 S bis 20/262 S, 29/264 S, 20/265 S, 29/274 S und 20/277 S) zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drs. 20/276 S) wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2020 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungskennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätskennzahlen etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts (Produktplan, Produktbereich, Produktgruppe) noch nicht vollzogen beziehungsweise konsequent umgesetzt wurde,

im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 eine Veränderung von Produktplan-, Produktbereichs- sowie Produktgruppenbudgets bezogen beispielsweise auf das Aggregat beziehungsweise die Produktgruppe erfolgte,

zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand im Jahr 2020 vorliegen,

zwischenzeitig von den Ressorts neue beziehungsweise aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktplan-, Produktbereichs- beziehungsweise Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet konnten

anderweitige redaktionelle beziehungsweise Darstellungsbedarfe resultierend aus der zeitlichen Abkoppelung des Beschlusses über den Haushalt 2020 vom Beschluss über den Haushalt 2021 festgestellt werden.

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, die im kameralen Haushalt enthaltenen Angaben in den Fällen anzupassen, in denen resultierend aus der Abkoppelung des Beschlusses zum Haushalt 2020 vom Beschluss zum Haushalt 2021 technische, redaktionelle oder inhaltliche Anpassungsbedarfe, beispielsweise bezogen auf Haushaltsvermerke oder Erläuterungen, festgestellt werden.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Produktgruppenhaushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2020.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den kameralen Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für die Jahr 2020.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den produktgruppenorientierten Stellenplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2020.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den kameralen Stellenplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2020.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE (Drs. 20/230 S) zu.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie die Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse für das Jahr 2020.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drs. 20/275 S) zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drs. 20/275 S) wie folgt zu:

Der Senat wird gebeten, die sich aus den beschlossenen parlamentarischen Änderungsanträgen ergebenden Veränderungen in der Anlage 1 (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan etc.) zum Haushaltsgesetz 2020 bei der Verkündung der Haushaltsgesetze zu berücksichtigen. Änderungen des Tilgungsplans sind nicht erforderlich.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2020 mit der erforderlichen Mehrheit.

Die Stadtbürgerschaft rückverweist das Haushaltsgesetz 2021 der Freien Hansestadt Bremen und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich maßnahmenbezogenen der Investitionsplanung, produktgruppenorientierte kamerale Stellenpläne, und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse) zur Beratung und Berichterstattung den städtischen Haushaltsund an Finanzausschuss.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2020 und 2021 (Drucksache 20/168 S) Kenntnis.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Haushaltsportrait 2020/2021 (Drucksache 20/168 S) Kenntnis.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Finanzplan 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung (Drucksache 20/168 S) Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/115 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen

(Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, Finanzplanung 2019 bis 2023

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 6. Juli 2020

(Drucksache 20/280 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt vom Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschuss Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 8. und 9. Juli 2020

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 10. Juli 2020)

Nr. 20/236

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

- Mittelstandsförderungsgesetz reformieren Clearingstelle, Clearingverfahren und Mittelstandsbeirat einrichten! Antrag der Fraktion der FDP vom 12. März 2020 (Drucksache 20/322)
- Silvester Feuerwerke im Land Bremen Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. Februar 2020 (Drucksache 20/278) Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020 (Drucksache 20/518)

- Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 (Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021) Mitteilung des Senats vom 10. März 2020 (Drucksache 20/316)
- Bündelung der Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. April 2020 (Drucksache 20/356)

Beschluss:

Gleiches Recht für alle – Öffnungsklausel beim Glücksspieländerungsstaatsvertrag auch für Bremen

Antrag der Fraktion der CDU vom 9. März 2020 (Drucksache 20/310)

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 20/238

Mögliche Asbest-Kontamination von Einsatzkräften durch Großbrand in den Bremer Industriehäfen

Antrag des Abgeordneten Peter Beck vom 26. Mai 2020 (Drucksache 220/407)

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/239

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 6. Juli 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

 Keine Mandatsniederlegung bei Mutterschutz, Elternzeit, Krankheit und Pflege! – Eine Initiative für mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten

Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2020 (Drucksache 20/427)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau

Beschluss:

2. Aufklärung und Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch muss höchste Priorität haben!

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Juni 2020 (Drucksache 20/444)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag an die staatliche Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/458)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

 Zusatz zur Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024("Sofortausstattungsprogramm") – Zusatzvereinbarung von Bund und Ländern

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache <u>20/477</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

5. Information gemäß § 8 Stabilitätsratsgesetz

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/478)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

 Wahl eines weiteren Mitglieds des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/486)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau

Claudia Helberg

als weiteres Mitglied des Rechnungshofes der Freien Hansestadt Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/240

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020 (Drucksache 20/395)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/241

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. April 2020 (Drucksache <u>20/369</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/242

Unser Bremen kann mehr – Ein Haushalt des mutigen Aufbruchs statt eines engstirnigen "Weiter so"

Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/460)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/243

Fairness-Lücke schließen – Soloselbstständige endlich fair behandeln!

Antrag der Fraktion der FDP vom 2. Juli 2020 (Drucksache 20/528)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/244

Für ein zukunftsfähiges Bremen auch unter schwierigen Bedingungen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 2. Juli 2020 (Drucksache 20/529)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021; Finanzplanung 2019 bis 2023

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020 (Drucksache 20/394)

Ergänzungen zu den Entwürfen der Haushaltsgesetze und der Haushaltspläne für das Jahr 2020

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/446)

Dazu Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen 20/452 bis 20/457) und Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksachen 20/461 bis 20/466, 20/468 bis 20/472, 20/474, 20/487 bis 20/503, 20/506 bis 20/509, 20/524 bis 20/526)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP (Drucksachen 20/452 bis 20/457) ab.

Die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE mit den Drucksachen-Nummern 20/467, 20/473, 20/504 und 20/505 wurden von den Antragsstellern zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksachen 20/461, 20/464, 20/469, 20/470, 20/472, 20/488 bis 20/492, 20/495, 20/496, 20/499, 20/501 bis 20/503, 20/508 und 20/526) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksachen 20/462, 20/468, 20/471, 20/498 und 20/506) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksachen 20/463, 20/466 und 20/509) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksachen 20/465, 20/474, 20/487, 20/493, 20/494, 20/497, 20/500 und 20/507) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksache 20/525) wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2020 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungskennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätskennzahlen etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts (Produktplan, Produktbereich, Produktgruppe) noch nicht

- vollzogen beziehungsweise konsequent umgesetzt wurde,
- 2. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 eine Veränderung von Produktplan-, Produktbereichssowie Produktgruppenbudgets bezogen bspw. auf das Aggregat beziehungsweise die Produktgruppe erfolgte
- 3. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand im Jahr 2020 vorliegen
- 4. zwischenzeitig von den Ressorts neue beziehungsweise aktualisierte den Informationsgehalt der vorliegenden Produktplan-, Produktbereichs- beziehungsweise Produktgruppenblätter verbessernde Angaben erarbeitet konnten
- anderweitige redaktionelle beziehungsweise Darstellungsbedarfe resultierend aus der zeitlichen Abkoppelung des Beschlusses über den Haushalt 2020 vom Beschluss über den Haushalt 2021 festgestellt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im kameralen Haushalt enthaltenen Angaben in den Fällen anzupassen, in denen resultierend aus der Abkoppelung des Beschlusses zum Haushalt 2020 vom Beschluss zum Haushalt 2021 technische, redaktionelle oder inhaltliche Anpassungsbedarfe bezogen bspw. auf Haushaltsvermerke oder Erläuterungen festgestellt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Produktgruppenhaushalt für das Jahr 2020.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den kameralen Haushaltsplan einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für das Jahr 2020.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den produktgruppenorientierten Stellenplan für das Jahr 2020.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den kameralen Stellenplan für das Jahr 2020.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 1 des Änderungsantrages der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksache 20/524) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 2 des Änderungsantrages der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksache 20/524) wie folgt zu:

2. Der Senat wird gebeten, die sich aus den beschlossenen parlamentarischen Änderungsanträgen ergebenden Veränderungen in der Anlage 1 (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan etc.) zum Haushaltsgesetz 2020 bei der Verkündung der Haushaltsgesetze zu berücksichtigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2020 mit der erforderlichen Mehrheit in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die zweite Lesung und überweist das Haushaltsgesetz 2021, den Produktgruppenhaushalt 2021, den kameralen Haushaltsplan 2021 einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, den produktgruppenorientierten Stellenplan 2021 und den kameralen Stellenplan 2021 an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Haushaltsportrait 2020/2021 (Drucksache 20/394) Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Finanzplan 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung (Drucksache 20/394) Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/246

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 sowie Finanzplanung 2019 bis 2023

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen; Unser Bremen kann mehr – Ein Haushalt des mutigen Aufbruchs statt eines engstirnigen "Weiter-so"

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 6. Juli 2020

(Drucksache 20/531)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP:

"Nach der Entscheidung von Airbus – jetzt alles unternehmen, um den Luft- und Raumfahrtstandort Bremen zu erhalten und stärken!":

2. auf Antrag der Abgeordneten Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD:

"Bundesmindestlohn steigt – Mehr Geld für Beschäftigte in Bremen und Bremerhaven!".

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/248

Fragestunde

Bienensterben im Land Bremen ergründen – Schutzmaßnahmen ergreifen

Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Juni 2020

- Anwendung des Mindestlohngesetzes im organisierten Sport Anfrage der Abgeordneten Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Juni 2020
- 3. Kinderschutz im organisierten Sport
 - Anfrage der Abgeordneten Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Juni 2020
- Unterstützung von solo-selbstständigen Frauen in der Corona-Krise
 - Anfrage der Abgeordneten Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Frak-tion der SPD vom 4. Juni 2020
- 5. EU-Förderung 2021 2027 im Land Bremen sichern
 - Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Frak-tion der SPD vom 4. Juni 2020
- 6. Barrierefreie Erreichbarkeit der Räume der Gesamtschwerbehindertenvertretung?
 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 4. Juni 2020

7. Verschobene Universitätswahlen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 4. Juni 2020

8. Was bedeutet das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz für die Bremer Polizei?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 4. Juni 2020

9. Ende der Beschränkungen im Kontaktsport

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 10. Juni 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Hunde in Bremen und Bremerhaven vor Giftködern schützen

Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 15. Juni 2020

11. SUV in den öffentlichen Flotten

Anfrage der Abgeordneten Martin Michalik, Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. Juni 2020

12. Beschaffung von Schutzmaterialien für Schulen und Kindertagesstätten

Anfrage der Abgeordneten Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. Juni 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

13. Weitergabe von personenbezogenen Daten durch Subunternehmen

Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. Juni 2020

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Beschluss:

Planungen zum Aufbau einer Bremer Landesantidiskriminierungsstelle jetzt starten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/445)

- Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich dazu, dass jegliche Art von Diskriminierung, beispielsweise aufgrund der im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz definierten Merkmale, also der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Weltanschauung oder Religion, des Alters oder einer Behinderung, aber auch jeglicher darüber hinaus gehender Merkmale wie die soziale Lage oder die sexuelle Orientierung nicht hinnehmbar ist.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für Aufbau einer zentralen und weisungsunabhängigen Landesantidiskriminierungsstelle im Land Bremen zu erarbeiten. Da in jedem Lebensbereich Diskriminierungen auftreten können, soll die LADS die Zuständigkeitsbereiche aller Ressorts abdecken, federführend soll die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport unter Beteiligung der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau sowie des Landesbehindertenbeauftragten sein. Bei der Ausarbeitung des Konzeptes sollen die Akteurinnen/Akteure des Bremer Netzwerkes gegen Diskriminierung, der Bremer Rat für Integration (BRI) sowie migrantische Selbstorganisationen einbezogen werden. Das Konzept soll folgende Zielsetzung verfolgen und Fragestellungen beantworten:
 - horizontale weisungsunabhängige Beratungsstelle als Erstanlaufstelle, die im Anschluss auf die merkmalsbezogenen Beratungsstellen verweist,
 - anlassbezogene Begleitung und Vertretung gegenüber Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber, Ämtern, senatorischen Behörden und Vermieterinnen/Vermieter et cetera.
 - Dokumentation von Diskriminierungsvorfällen, Handlungsempfehlungen zum Abbau struktureller und individueller Ungleichbehandlung und Beratungslücken,
 - Erörterung unterschiedlicher Modelle und Klärung des Grades der Unabhängigkeit beziehungsweise Nähe zu Senatsressorts unter Einbindung der Erfahrungen aus anderen Bundesländern und Berücksichtigung der hier bereits bestehenden Strukturen,
 - Berücksichtigung von Bremerhaven als Kommune,
 - Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung durch (präventive) Öffentlichkeitsarbeit.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende des Jahres ein entsprechendes Konzept sowie einen Zeit-Maßnahmenkatalog zur Umsetzung, einschließlich der Mittelbedarfe für Personal, vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung und Vorlage des Konzepts bis Ende des Jahres.

Nr. 20/250

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes und weiterer Gesetze

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 25. Juni 2020 (Drucksache 20/511)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/251

Polizistinnen und Polizisten den Rücken stärken! – Pauschalierende Verurteilungen, Beleidigungen und körperlichen Übergriffe gegenüber Polizeibeamtinnen und - beamten entgegentreten!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP vom 25. Juni 2020 (Drucksache 20/510)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Beschluss:

Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Anforderungen aus der Corona-Krise

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/475)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/253

20. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/447)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/254

Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 – GlüStV 2021)

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2020 (Drucksache 20/448)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020 (Drucksache 20/476)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/256

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates und der Richtlinie (EU) 2016/800 über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, im Justizvollzug sowie zur Änderung vollzugsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 7. April 2020 (Drucksache 20/347)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/257

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates und der Richtlinie (EU) 2016/800 über Verfahrensgarantien für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, im Justizvollzug sowie zur Änderung vollzugsrechtlicher Vorschriften

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses vom 25. Juni 2020 (Drucksache 20/512)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/258

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 9

vom 3. Juli 2020 (Drucksache <u>20/530</u>)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/259

Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen

Antrag der Fraktion der CDU vom 7. Juli 2020 (Drucksache 20/534)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/260

Gesetz zur Änderung des Bremischen Ladenschlussgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU vom 7. Juli 2020 (Drucksache <u>20/535</u>) Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/261

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zukunft der maritimen Wirtschaft im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 29. Januar 2020

(Drucksache 20/259)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020

(Drucksache 20/431)

2. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Bremer Bildungssystem

Sachstand und Ausblick

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 25. Februar 2020

(Drucksache <u>20/289</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2020

(Drucksache 20/432)

3. Wie ist Bremen im Kampf gegen Cyber- und Internetkriminalität aufgestellt?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 9. März 2020

(Drucksache 20/311)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2020

(Drucksache 20/479)

4. Mit einem neuen "Bremer Erlass" aufenthaltsrechtliche Sicherheit für junge Geflüchtete während Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung schaffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 5. Mai 2020

(Drucksache 20/374)

5. Digitale Möglichkeiten für Beratungs- und Hilfsangebote ausweiten – Menschen vor häuslicher und sexueller Gewalt in der Krise und danach noch besser schützen!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 8. Mai 2020

(Drucksache 20/377)

- Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen Mitteilung des Senats vom 10. März 2020 (Drucksache 20/317)
- Gesetz über eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für die Opfer und deren Angehörige in Fällen von Terrorismus und sonstigen auf Straftaten beruhenden Großschadensereignissen sowie Geiselnahmen Bericht und Antrag des Rechtsausschusses vom 3. Juni 2020 (Drucksache 20/414)
- Opferschutz muss ernst genommen werden ein Opferschutzbeauftragter für Bremen! Antrag der Fraktion der CDU vom 18. Februar 2020 (Drucksache 20/275)
- Opferschutz muss ernst genommen werden ein Opferschutzbeauftragter für Bremen! Bericht und Antrag des Rechtsausschusses vom 3. Juni 2020 (Drucksache 20/415)
- Das Wahlrecht für Obdachlose stärken Prüfungsauftrag der Bremischen Bürgerschaft vom 12. Dezember 2019 Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2020 (Drucksache 20/418)
- Externe Evaluation zur kontinuierlichen Verbesserung frühkindlicher Bildung Antrag der Fraktion der FDP vom 3. Juni 2020 (Drucksache 20/419)
- Politischem Extremismus entschieden entgegentreten Bremen darf keine Hochburg des Linksextremismus bleiben! Antrag der Fraktion der FDP vom 4. Juni 2020 (Drucksache <u>20/423</u>)
- Tracing-App nur bürgerrechtskonform, freiwillig und für die Dauer der Corona-Pandemie Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 10. Juni 2020 (Drucksache 20/441)
- Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln! Antrag der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2020 (Drucksache <u>20/428</u>)

15. Medienkompetenz von der Kita bis ins hohe Alter stärken Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 9. Juni 2020

(Drucksache <u>20/439</u>)

16. Keine Anrechnung von Elterngeld und Kindergeld: Soziale Gerechtigkeit für Eltern im Bezug von SGB II-, SGB XII und AsylBLG-Leistungen schaffen!

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. Juni 2020

(Drucksache 20/451)

17. Gemeinsam sind wir stärker – Europa muss jetzt Zusammenhalt zeigen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 30. Juni 2020

(Drucksache 20/514)

18. Krise als Chance nutzen, ein Zukunftskonzept für die Jacobs University Bremen gemeinsam entwickeln!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 30. Juni 2020

(Drucksache 20/515)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 7. Juli 2020

(Drucksache 20/542)

19. Deutschland braucht Europa – Europa braucht Deutschland Antrag der Fraktion der CDU vom 7. Juli 2020

(Drucksache 20/536)

Beschluss: